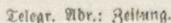


Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Geschichte wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat **0.90 RM.** frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. —
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1.20 RM.** Im Falle höherer
— Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet. —



Einzelgen werben die schlagelgaltene amm Höhe [Netto] Zeile oder deren Raum mit 15 Bfg. berechnet; answärts 20 Bfg. Bei Wiederholung ent sprechender Rabatt. Reflektoren kosten pro Zeile 40 Bfg. Verbindlichkei t für Wabz, Datenvorchrift und Befragelieferung ausgeschlossen. Annahmesgebüh re für Offerten und Auskunft beträgt 15 Bfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkassentkonto Frankfurt am Main' No. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger.

Donnerstag, den 11. Januar 1934

27. Jahrgang.

van der Lubbe im Hofe des Landgerichtsgebäudes in Leipzig durch Fallbeil hingerichtet

Adolf Hitler bezeichnet die Achtung vor der Person als einen Grundgedanken des nationalsozialistischen Staates. Er schreibt in seinem Buch „Mein Kampf“: Die Bewegung hat die Achtung vor der Person mit allen Mitteln zu fördern; das hat sie zu vergessen, daß jede Idee und jede Leistung das Ergebnis der schöpferischen Kraft eines Menschen ist, und die Bewunderung vor der Größe nicht nur einen Dankesgeßell an diese darstellt, sondern auch ein einigendes Band zwischen den Dankenden knüpft.

Der Kampf gegen Hunger und Kälte, den das Winterhilfswerk im Herbst des vergangenen Jahres eröffnet hat, bat mit Gürtel und Vorkängigkeit im alten Sinne nicht, das geringste zu tun. Es ist zwar in das Belieben der Spender gestellt, ob sie sich durch Gaben an dem Winterhilfswerk für die Bedürftigen beteiligen, aber es ist zugleich sozialistische Pflicht, den Notleidenden um des Volkes willen beizustehen.

Im nationalsozialistischen Staat haben die ohne ihr Verdienst in der Nation geratenen Volksgenossen ein heiliges Recht auf die Unterstützung der Nation. Sie nehmen diese Hilfe nicht als unfähige Almosenempfänger entgegen, sondern das Winterhilfswerk ist befreit, auch die Arbeitslosen- und Erwerbslosen zu tätiger Mitarbeit heranzuziehen. Darum ist schon das Wort „Hilfe“ nicht recht am Platze. Denn in diesem Sinne ist ja jede menschliche Zusammengehörigkeit Hilfe.

Die tätige Mitarbeit der Bedürftigen ist erforderlich, um ihnen das Gefühl zu nehmen, daß sie Bettler oder Almosenempfänger sind. Milde Gaben kränken. Nicht Gelingen gibt derjenige, der opfert, er bezahlt seine Schuld. Es darf niemanden in Deutschland geben, der das Gefühl hat, gering geschätzt zu werden, weil er ärmer ist als der andere.

Der Führer selbst hat in seiner Jugend Lehre der Not durchgemacht. Auch heute kann sich unter den Kindern der Armen, die jetzt auf unsere Unterstützung angewiesen sind, ein Mann befinden, der dereinst Führer des deutschen Volkes sein wird. Wenn ich ein Kind der größte Reichtum eines Landes, Menschlicher Wert besteht unabhängig von Geld und Gut. Die Zusammenarbeit der Menschen eines Volkes auf wirtschaftlichem, auf geistigem und auf allen anderen Gebieten hat nur das eine Ziel, das Volk groß zu machen, indem jeder einzelne auf den richtigen Platz gestellt wird und seinerlei zu der Größe des Ganzen in tätiger Arbeit beiträgt.

Das vergangene System hat diese Aufgabe vernachlässigt. Es hat der nationalsozialistischen Regierung ein Boll hinterlassen, dessen Menschen auf einem Tiefpunkt des moralischen und kulturellen Zustandes sich befinden. Es hat nicht verhindert, daß Millionen von Menschen ohne Erwerb, ohne Arbeit und ohne wirkliche Hilfe gelassen, zu Almosenempfängern herabgewürdigt wurden.

Es war die erste Sorge des Volkstanzlers, den Kampf gegen die Pest der Arbeitslosigkeit zu eröffnen. Millionen von deutschen Volksgenossen wurden durch ihn wieder einer fruchtbareren Tätigkeit zugeführt. Der Winter, der die Landarbeitenden bedröht, hat das Tempo der Arbeitsbeschaffung vorübergehend gebremst. Inzwischen ist es unsere zivilisatorische Aufgabe, auf andere Weise dafür zu sorgen, daß unsere erwerbslosen Brüder unterstützt, daß sie selbst, ihre Frauen und Kinder, vor Hunger, Kälte und anderen Lebensnöthen beschützt werden. Gleichzeitig muß in ihnen, die vielfach mutlos und schlaff geworden sind, wieder der vorweltliche Glaube an das Leben, an ihr Volk und an ihre Berufung, für dieses Volk wirken zu dürfen, erweckt werden. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß diesen Bedürfnissen von einer Behörde ein paar Takt Unterstützung gesalbt werden, sondern wir müssen ihnen gehen, nach ihren Nöten fragen, und uns um sie kümmern. Der Nationalsozialismus hat diese Aufgabe, die mit Jahrhunderten als Christenpflicht verknüpft wird, mit den Kräften in die Tat umgekehrt. Unser Sozialismus der Tat ist gleichzeitig praktisches Christentum.

Der Kampfgeist, der den Nationalsozialismus zum Siege geführt hat, läßt nach diesem Siege nicht nach. Er greift das ganze Volk und entseelt unerhörte Kräfte. Diese Kräfte, die noch wachsen werden, je mehr die nationalsozialistische Weltanschauung das ganze Volk durchglüht, ist es zum Heile des Volkes einzusetzen. Der nationalsozialistische Kampfgeist ist ein Geist des Opfers. Nationalsozialist sein, heißt Opfer bringen. Nicht sinnlose Opfer, sondern Opfer, die das Volk fördern und damit auch dem einzelnen wieder Nutzen bringen. Wenn heute so mancher sagt, er habe genug geopfert, er sei nicht mehr imstande, weiter Opfer zu bringen, so müssen wir ihm sagen, daß das nicht wahr ist. Man kann immer noch ein Glas Bier weiter trinken, immer noch ein paar Zigaretten weniger rauchen.

Wir sind auf die tätige Mitarbeit jedes einzelnen angewiesen. Er selber muß sich überlegen, wie er es möglich machen kann, noch mehr für die Volksgemeinschaft zu tun.

Es ist empörend, wenn gut bezahlte Angestellte immer wieder über die kleinen Opfer klammern, die sie in Gestalt eines monatlichen Abzuges in Höhe von wenigen Mark oder gelegentlich des Eintopfsentlafes bringen. Zu ihrer Entschädigung kann man höchstens annehmen, daß ihre Meißerungen auf Geizhals und Oberflächlichkeit beruhen, denn wir wollen diese vielen noch nicht für hartherzig und schlecht halten. Vom Nationalsozialismus sind solche Menschen aber noch himmelsweit entfernt.

Diejenigen, die Nationalsozialisten zu sein glauben, müssen sich stets ein Beispiel nehmen an den Opfern derer, die um der Idee willen Leben und Gesundheit freudig hingegen haben! So viel wie sie hat noch keiner von uns gegeben. Sie müssen sich ein Beispiel nehmen an unserem Führer, der sein ganzes Leben in den Dienst des Volkes gestellt hat. So viel wie er, hat noch keiner von uns getan. Der Dank an den Führer, der so oft in überschwänglichen Reden, in schlechten Gedichten und in törichten „Ehrungen“ aller Art zum Ausbruch kommt, kann allein dadurch erstattet werden, daß jeder, der sich zu Adolf Hitler bekennt, sein ganzes künftiges Leben, sein Einkommen und seine Kräfte innerhalb und außerhalb des Berufes in den Dienst des Volkes stellt. Das allein ist Deutscher Sozialismus.

Leipzig, 10. Januar.

Die durch Urteil des 4. Straffenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 gegen den Maurer Marinus van der Lubbe aus Reiden (Holland) erkannte Todesstrafe ist, da der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, am Mittwochmorgen um 7.30 Uhr in einem Hofe des Landgerichtesgebäudes zu Leipzig mittels Fallbeils vollstreckt worden.

Dem Delinquenten wurde die Mitteilung von der bevorstehenden Enthaftung am Dienstagmittag durch den obersten Anlagenvorreiber, Oberreichsanwalt Dr. Werner, in der Gefängniszelle gemacht. Von der Zubbe nahm die Mitteilung unbewegt entgegen und lehnte auf Befragen geistlichen Zupruch ab. Auch machte er keinen Gebrauch von dem Anbieten, Briefe an seine Angehörigen zu schreiben und äußerte seinen weiteren Wunsch, die Vollstreckung des Urteils wurde Mittwoch, morgens 7.30 Uhr, im umschlossenen Hichthof des Landgerichts in der Harlort-Straße in Leipzig in Anwesenheit des Oberreichsanwalts Dr. Werner und des Sachbearbeiters Landgerichtsdirektor Parfissius vollzogen. Vom Reichsgericht war Senatspräsident Dr. Büniger sowie drei weitere Mitglieder des erkennenden 4. Strafsenats anwesend. Ferner wohnten 12 vom Rat der Stadt Leipzig abgeordnete Gemeindevorsteher der Hinrichtung bei, sowie der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Seuffert, der holländische Dolmetscher Meyer-Gollings, Kreishauptmann Dönnike, der Gefängnisdirektor, der Gefängnisgeistliche und zwei Gerichtsarzte. Pressevertreter waren nicht anwesend. Oberreichsanwalt Dr. Werner verlas den Urteilsstenor und gab dann die Entschliessung des Reichspräsidenten bekannt, wonach er sich dafür entscheiden habe, von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Darauf übergab der Anlagenvorreiber von der Zubbe dem Nachrichter, Dr. Reichstagsbrandstifter gab keine Erklärung vor seinem Ende ab. Die Hinrichtung wurde von dem Scharführer Engelhardt-Schmöln durch Fallbeil vollzogen und verlief ohne jeden Zwischenfall. Nach vollzogener Hinrichtung stellte der Gerichtssatz den Tod fest.

Die kommende Tagung des Völkerbundesrates.

Genf, 11. Januar.

Der Vorsitzende der in der nächsten Woche beginnenden 78. Tagung des Völkerrundrates wird der polnische Außenminister Beck sein. Für England wird Außenminister Simon und für Frankreich Paul-Boncour an den Verhandlungen teilnehmen. Es ist die erste Tagung des Rates seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerrund.

Hauptgegenstand der Tagung wird die Volksabstimmung im Saargebiet sein, zu der jetzt der Rat die Vorbereitungen zu treffen hat. Vor allem soll der Rat den Zeitpunkt der Abstimmung festsetzen. Eine Verkaufsbarde des Völkerverbundes erinnert daran, daß der Rat nach dem

Verfallener Vertrag „die Freiheit, das geheime Vorgehen und die Ergrifflichkeit der Abfassung zu sichern haben“. Außerdem habe der Rat, wie es in der Verkaufsabbarung weiter heißt, nach der Abfassung durch Mehrheitsbeschluß die Staatszugehörigkeit des Saargebietes zu bestimmen, indem er dem durch die Abfassung ausgedrückten Wunsch der Bevölkerung Rechnung tragen werde.

Weiter ist von Interesse ein Brief des Danziger Völkerbundskommissars, in dem dieser den Rat bittet, die Frage der Danziger Verfassung zu prüfen. Dabei erwähnt der Völkerbundskommissar auch die Angelegenheit der verbotenen Zeitungen. Ferner werden verschiedene Eingaben deutscher Minderheitsangehöriger in Polen zur Verhandlung kommen.

Der Vorliegende der Abrüstungskonferenz Henderson wird ebenfalls im Laufe der nächsten Woche eintreffen, um die Möglichkeiten einer Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu besprechen. Der Pariser „Matin“ kündigt für Ende des Monats den Besuch Norman Davis' in Europa an. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der auf den 21. Januar anberaumte Zusammentritt des Büros der Abrüstungskonferenz um einige Tage verschoben werde, um Norman Davis die Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen zu ermöglichen.

Ein Briefwechsel zwischen Röchling und Guilleaume.

Nach dem Röchlingprozeß hat wegen der Schulfrage zwischen Röchling und dem Generaldirektor der französischen Saargrubenverwaltung Guilleaume ein Briefwechsel stattgefunden, der nunmehr veröffentlicht wird.

Röschling hatte im Prozeß ausgesagt, er habe bei Guilleaume Vorstellungen in der Frage der französischen Schule erhoben. Es sei aber alles beim alten geblieben. Darauf schreibt Guilleaume, er habe es damals abgelehnt, sich mit Röschling über andere als wirtschaftliche Fragen zu unterhalten. Röschling gibt das in seiner Antwort an Guilleaume zu, bemerkt aber, daß man sich trotzdem eine ganze Zeit über das in Betracht kommende Kapitel unterhalten habe. Er weist weiter darauf hin, daß, laut Zeugnisaussagen im Prozeß, im Bereich der Bergwerbsdirektion ein Druck auf die Eltern ausgeübt worden ist, die Kinder in französische Schulen zu geben. Er weist auf die Verfügung der Regierungskommission vom 6. 2. 25 hin, nach der das unfaltfähig ist und führt die Namen derjenigen Personen an, die sich entgegen der damaligen Anordnung der Bergwerbsdirektion einen derartigen Druck schuldig gemacht haben.

Guillaume bestrittet in seiner Antwort abermals, mit Röschling eine Diskussion über Schulfragen gehabt zu haben. Er habe nur eine Anzahl Dokumente darüber in Empfang genommen mit der ausdrücklichen Bedingung, daß er sie zur Kenntnis nehme und keine Antwort auf die darin enthaltenen Tatsachen zu geben brauche. Die Schlußfolgerungen, so schließt Guillaume diesen Brief, die Röschling aus der Sitzung der Saarbrücker Straframmer ziehe, erkenne er keineswegs als begründet an. Darauf erwidert Röschling mit der Feststellung, daß leider die Zeit unendlich fern liegt, wo die Verwaltung sich bereit erkläre, die Sicherung ihrer Belegschaft gegen die Bedrückung durch die Bergwerksdirektion auszusprechen.

Ich bedauere, so heißt es zum Schluß, diese Haltung ganz außerordentlich, denn wer für so viele Menschen fremder Nationalität und für persönliche Schicksale die Verantwortung trägt, sollte doch dafür sorgen, daß nicht die nachgeordneten Beamten nach Willkür die Möglichkeit haben, einen Teil der Belegschaft mit Frau und Kindern vor die Wahl zu stellen, entweder zu hungern oder ihr Vaterland zu verlassen. Es ist mein starkes Bedauern, daß ich nunmehr erkennen muß, daß Sie heute nicht mehr in der Lage oder willens sind, den Weg zu beschreiten, der nach unserer Meinung allein das Ansehen und die Ehre Frankreichs hier im Grenzgebiet zu wahren imstande ist. Nachdem Sie als oberster Vertreter Frankreichs in den Fragen des Schiffsals und des persönlichen Schutzes der deutschen Bergleute mit als Deutscher die Tür gewiesen haben, bleibt mir nur der Weg, unseren Briefwechsel der Öffentlichkeit zu übergeben. Diese mag dann das Urteil über Ihre Haltung und die meinige abgeben.

Der Mörder des Polizeimeisters Perste, Rudolf Enßl
Lindau, der durch Urteil des hanseatischen Sondergerichts
vom 30. Dezember v. J. zum Tode verurteilt worden war,
ist durch Enthauptung hingerichtet worden. Lindau hatte
am 27. August 1931 den auf dem Weg zum Dienst befind-
lichen Polizeimeister Perste in der Nähe des Hammerparks
aufgelaufen und ihn hinterlistig niedergebissen, um ihn
seiner Waffe zu berauben.

Wie die Margriten hehen!

Eine Rundfunkrede des lettischen Außenministers.

Riga, 10. Januar.

Der lettische Außenminister Salnajs hielt vor seiner Abreise nach Schweden im Rigaer Rundfunk eine bedeutende außenpolitische Rede, in der er u. a. ausführlich auf die Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland einging und dabei in schärfster Form gegen die deutschfeindlichen Quertreibereien der lettischen Margriten Stellung nahm. Der Minister wies zunächst darauf hin, daß die zeitweiligen Schwierigkeiten u. a. der „Kulturreis“ im Juli vorigen Jahres, in einer beide Staaten befriedigenden Weise geregelt worden sei. Die Beziehungen zum Deutschen Reich hätten sich seit dieser Zeit in korrekter Form entwickelt.

Dies hätte jedoch gewissen politischen Kreisen, vor allem den Sozialisten in Lettland nicht gefallen, die fast ohne Unterbrechung Angriffe voller Verdächtigungen und Unwahrheiten in Presse und Parlament gegen die außenpolitische Leitung Lettlands getrieben hätten. Daher habe sich der Minister veranlaßt, mit aller Bestimmtheit noch einmal die Haltung Lettlands zu Deutschland festzulegen. Ebenso wie allen anderen Staaten gegenüber müsse Lettland seine Verträge und Abkommen mit Deutschland einhalten, ja, es wolle diese auch erfüllen, weil das im Interesse des lettischen Staates und Volkes liege.

Die außenpolitische Leitung Lettlands wolle in den Grenzen der Verträge alles tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland zu erweitern und dafür zu sorgen, daß die Beziehungen zu Deutschland als Großmacht freundschaftliche seien, ebenso wie auch Deutschland das gleiche wünsche und diesen Wunsch zu gutnachbarlichen Bemühungen geknüpft habe.

Das Unglück sei nur, daß die Sozialisten etwas anderes erreichen wollen. Ihr Ziel und ihre Wünsche seien, daß Lettland als Staat den Margriten zu Hilfe komme, um am Kampf für die sozialistische Internationale teilzunehmen, den diese mit erstaunlicher Freigebigkeit gerade im neuen Deutschland verloren haben.

Die Sozialisten und ihre Gesinnungsgenossen hätten bei ihren Angriffen auf die Außenpolitik Lettlands nur parteipolitische Absichten. Sie wollten die Macht des Staates dazu ausnützen, um damit die Stellung der 2. Internationale zu sichern. Es sei zu klar, daß sich auf diesen Standpunkt kein Außenminister stellen könne, denn am ersten Stelle das Wohl seines Staates und seines Volkes stehe. Lettland habe es weder nötig noch habe es das Recht, sich in das innere Leben eines anderen Staates einzumischen, ebenso wie es kategorisch jeden Versuch eines anderen Staates zurückweisen würde, sich in das innere Leben Lettlands einzumischen, oder dieses zu beeinflussen. In keinem Falle könne man es zulassen, daß die realen Staatsinteressen einer Parteidoktrin zuliebe geopfert werden. Lettland als kleiner Staat sei es am allerwenigsten gestattet, sich in politische Abenteuer einzulassen.

Die Danzig-polnische Aussprache

Pilsudskis Antwort an Kaufmänn.

Der diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig gab im Zusammenhang mit den kürzlich in Warschau stattgefundenen Besprechungen zwischen Präsident Dr. Kaufmänn und Marschall Pilsudski sowie Minister Bed in deren Auftrag dem Präsidenten des Senats zwei Erklärungen ab.

Marschall Pilsudski ließ im besonderen erklären, daß er die von Präsident Dr. Kaufmänn bezüglich des Verkehrs zwischen Danzig und Polen aufgestellten Grundzüge für die Öffnung eines Weges zu neuen besseren Formen des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen für geeignet hält. Er hat gleichzeitig dem Wunsch nach einer weiteren günstigen Entwicklung Ausdruck gegeben.

Marschall Pilsudski hält es für erwünscht, daß durch eine stufenweise verständnisvolle Beilegung der bestehenden

Schwierigkeiten ermöglicht wird, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen zu normalisieren und zu vereinfachen in freier Einkommung mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik Polens, mit der Idee der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes und mit dem Vorteil für die Bevölkerung der freien Stadt.

Minister Bed ließ konkrete Vorschläge bezüglich der demnächst aufzunehmenden Danzig-polnischen Verhandlungen abgeben, über die Präsident Kaufmänn bei seinem letzten Aufenthalt in Warschau gesprochen hat. Die Vorschläge beziehen sich grundsätzlich auf eine Vereinigung der bestehenden Streitigkeiten in unmittelbaren Verhandlungen ohne Einreichung von Entscheidungsanträgen bei den Völkerbundsanstalten.

Im einzelnen werden Verhandlungen über den Verkehr mit Lebensmitteln, über ein Veterinärabkommen usw. für notwendig gehalten. Eine weitere Gruppe von Fragen, die behandelt werden soll, betrifft das politische Gebiet, insbesondere die Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der polnischen Bevölkerung in Danzig. Eine letzte Gruppe betrifft schließlich technische Angelegenheiten, insbesondere Post, Eisenbahn usw.

Mit der Aufnahme der Verhandlungen ist sofort nach Beendigung der am 15. beginnenden Ratstagungen in Genf zu rechnen.

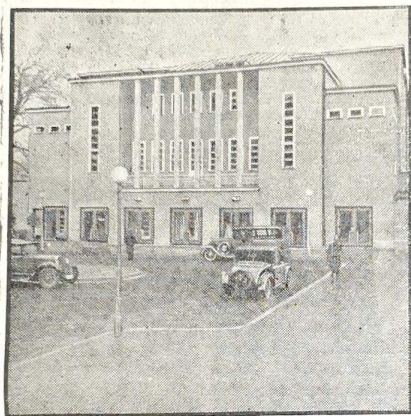
Chautemps im Kreuzfeuer

Der Skandal um Stavisky vor dem Parlament.

Paris, 11. Januar.

Am heutigen Donnerstag wird in der französischen Kammer der Skandal um den durch Selbstmord geendeten Betrüger Stavisky zur Sprache kommen und man macht sich nach den Vorgängen während der letzten beiden Tage und der allgemeinen erregten Stimmung auf eine stürmische Sitzung gefaßt. Die Umwidmung des Kabinetts Chautemps hat die Gemüter nicht zu beschwichtigen vermocht und allgemein wird die Lage der Regierung als wenig beneidenswert bezeichnet. Die Rechte arbeiten zweifellos auf den Sturz der Regierung hin, während die Sozialisten aus dem Skandal infolgedessen Kapital herauszuschlagen versuchen, als sie den ihnen mißliebigen einflussreichen Polizeipräsidenten Chlappe zu Fall bringen wollen.

Schon in der letzten Kammer Sitzung machte sich eine starke Nervosität geltend, zumal die Camélots du Roi Demonstrationen angekündigt hatten. Das Parlament saß



Zum 1. Reichsbauerntag in Weimar.

Die feierliche Eröffnung des 1. Reichsbauerntages, der vom 19. bis 21. Januar in Weimar abgehalten wird, findet in der Weimarerhalle, die unser Bild zeigt, statt.

bäude war darum durch ein starkes Polizeiaufgebot geschützt. Tatsächlich zogen die Camélots du Roi kurz vor Beendigung der Sitzung vor das Parlament und demonstrierten. In die Straßen bahngelassen wurden Knallpatronen geschleudert, die explodierten, als die Wagen über sie fuhren. Die Folge war eine allgemeine Verwirrung. Schließlich gelang es der Polizei, die Demonstranten abzudrängen. Unter der Pfiffen der Menge wurden etwa 250 Personen verhaftet.

Unterdessen geht die Untersuchung in der Angelegenheit Stavisky mit Hochdruck weiter. Vor dem Innenministerium und vor dem Gebäude, in dem die Leitung der Sicherheitspolizei untergebracht ist, sind verstärkte Polizeiposten aufgestellt, um etwaige Straßentumulten zu verhindern. In Chamonix erfolgte die Obduktion der Leiche Staviskys, bei der die Gerichtsärzte auf Selbstmord schloßen. Vor der Leichenöffnung wurden zur einwandfreien Veronaloffstellung Fingerabdrücke von dem Toten genommen. In der Villa, in der Stavisky sich das Leben genommen, wurde ein verschlossener Umschlag mit der Aufschrift gefunden: „Meiner geliebten Frau zu überreichen“. Man nimmt an, daß dieser Umschlag das Testament des Betrügers enthält und daß er darin außerdem von seinem Entschluß Mitteilung macht, sich das Leben zu nehmen. Der Briefumschlag wurde zu den Akten gegeben.

Der Direktor des Empire-Theaters, Hayotte, gegen den im Zusammenhang mit der Stavisky-Angelegenheit ein Befehl erteilt worden ist, hat sich der Polizei in Begleitung seines Verteidigers gestellt. „Ich bin glücklich“, so erklärte er, „vor Gericht erscheinen zu können; denn ich habe die Pflicht, in voller Offenheit zu sprechen, da ich meiner Unschuld sicher bin.“

Kohlenoxydgas tötet drei Kinder

Königsberg i. Pr., 11. Januar. In dem Dorf Thunrowen im Kreis Osterode ereignete sich ein furchtbares Unglück. Die Frau des Besitzers Golombiewski hatte den Ofen im Schlafzimmer ihrer Kinder geheizt und die Ofenklappe zu früh geschlossen. Im Laufe der Nacht bildeten sich Kohlenoxydgase, wodurch die drei im Alter von 5, 11 und 16 Jahren stehenden Kinder vergiftet wurden. Als die Mütter am Morgen die Kinder wecken wollte, waren diese bereits tot.

Kurze Notizen

Zu Landräten wurden Regierungsrat Rademacher in Bad Kreuznach und Bürgermeister Dr. Rieth in Neulinghausen ernannt.

Der Stabsleiter der P.D., Dr. Ley, läßt mitteilen, daß sich der Erfolg, in welchem erklärt worden war, der ständige Aufbau sei allein Sache der NSDAP, selbstverständlich nur an alle Parteidienststellen und an alle Parteigenossen richtet.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat das Tragen des deutschen Kriegesopferabzeichens verboten mit der Begründung, daß die deutsche Kriegesopferversorgung politischen Charakter habe.

Der Stadtpfarrer von Trautwein, Geistlicher Rat Joseph Siegel, wurde auf Veranlassung der politischen Polizei zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen, da er durch seine Predigt am Dreiflingstage eine tiefe Empörung in der Trautweiner Bevölkerung hervorgerufen hatte.

Auf der Prager Burg wurde die erste Vollziehung des Wirtschaftsrats der Kleinen Entente von Außenminister Dr. Benech eröffnet.

Nach einer Pariser Meldung ist in der Gegend von Dierenhofen der luxemburgische Staatsangehörige Fleming wegen Entwendung von Beilegungsplänen verhaftet worden. Er soll dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt haben.



Roman von Wolfgang Marken

Verf.: Zirkusbuch durch Verlag Daser, Berlin, I. S. (64 Fortsetzung.)

Toni nahm die Depesche und öffnete sie: „Mörder Ihres Vaters in Amsterdam entdeckt. Hat geflohen und sich im Gefängnis erhängt. Kommen Sie nach Deutschland und tuten Sie Ihr Erb an. Dr. Weidel.“

Toni atmete tief auf. „Gottlob, so hat der Herrgott führen lassen, was man an meinem Vater tat!“

„Auge um Auge! Zahn um Zahn! Das wird auch für den letzten eingelieferten Verbrecher gelten. Die Regierung wird ihm kurzen Prozeß machen.“

„Wie geht es, Mar?“

„Traurig sah Hollerbek vor sich nieder. „Er ist tot! Diese Nacht gestorben an seiner schweren Verletzung. Der arme ... tapere Kerl!“

Toni weinte auf und war schwer zu beruhigen. „Für mich ... für mich ist er gestorben!“ lammerte sie.

„Für Sie, ja! Er hat Ihnen angehoben in dankbarer Verehrung und war für Sie zu jedem Opfer bereit. Wir wollen ihn in fremder Erde begraben wie einen der Besten dieser Welt.“

Bald hieß es von Alo Abschied nehmen. Es ging nach Sao Paulo.

Begreiferte Aufnahme. Erfolg über Erfolg. Tonis arbeitsame Nummer war überall eine Sensation ohne Gleichen.

Sie war der Liebling der Massen. Otto hatte seine Verlobung mit Anita glanzvoll gefeiert. In Sao Paulo heirateten sie.

Toni gab dem Vater ein großartiges Hochzeitsgeschenk. Es kostete zehn Prozent des gesamten Vermögens, dessen Erlangung sie ja hauptsächlich Otto verdankte, in seine Hände es war ein Millionenbetrag.

„Finberlohn!“ versicherte das Mädchen.

In Buenos Aires. Ausverkaufte Vorstellungen. Unerhörter Beifall.

Die Südamerika-Tournee wurde überhaupt zu einem einzigen Triumphzug. Allerdings war der voranreisende Reflektenschiff ein Gentleman, der die Propaganda in so persönlicher Weise aufzog, daß das Publikum für jeden der Hauptakteure gleich begeistert wurde.

Hollerbeks vornehmer Art gefiel ebenso, wie Martoffs kraftvolle Männlichkeit und Tonis Lieblichkeit und Sicherheit. Leberlauf mußte das Publikum von den vorangegangenen, wechselvollen Ereignissen. Ganz genau war ihm erzählt worden, welche Rolle „Caesar“ in der Geschichte des Zirkus gespielt hatte.

Am dritten Tage, da Hollerbek in Buenos Aires gastierte, traf das stolze Schiff „Graf Holm“ im Hafen ein und wurde von den Kritikern des Zirkus mit Jubel empfangen.

Kapitän Schott stellte sich unverzüglich seiner Partonin mit seinen blauen Sunken, alles Deutsche, bis auf zwei Ständer, vor.

Sie wurden aus herzlichste aufgenommen. Am Abend sah der Kapitän nach mit den Hollerbeks und Toni zusammen. Sie berieten den neuen Namen des Schiffes.

Kam zu seinem Resultat. Toni sagte: „Das Schiff muß Hollerbek heißen.“

Martoff stritt dagegen. „Nein! Toni soll es genannt werden! Es gibt keinen besseren Namen!“

Toni sah ihn dankbar lächelnd an und wurde ein wenig rot. Der alte Herr von Hollerbek schmunzelte. Die ganze Zeit über hatte er gemerkt, daß ihm der Sohn eine liebe Tochter bringe, er hatte doch seine Augen im Kopf und gesehen, daß zwischen den beiden jungen Menschen eine große Liebe aufgefleht war.

Nun sagte Hollerbek plötzlich zu Schott: „Lieber Kapitän, kommen Sie doch einen Augenblick mit mir! Ich muß Ihnen sehr unbedingt unseren „Caesar“ zeigen.“

„Gern, Herr von Hollerbek.“

Stand auf und folgte ihm. In der Tür blieb der alte Herr stehen und sagte lächelnd: „Kinder, ich möchte einen Vorstoß machen! Das Schiff soll heißen ... Toni Hollerbek! Lieberleat's euch einmal!“

Und schon war er draußen. Stumm, mit geknickten Hauptern, sahen die beiden jungen Menschen einander gegenüber.

Toni wird arg verwirrt, als Martoff plötzlich ganz nahe vor ihr steht. Sie hört keine gute, liebe Stimme. „Liebes Mädel, du ... soll ... er Toni Hollerbek heißen?“

Sie herzt klopft bis zum Hals hinauf. Sie sieht ihn ja schon immer, so sehr sie sich auch gegen diese Liebe gewehrt hat.

Toni hebt die Augen und sieht den jungen Hollerbek glücklich an.

„Du willst mich zur Frau, Mark?“

„Er antwortet nicht gleich, hat dazu gar keine Zeit, denn Toni liegt plötzlich in seinen starken Armen und läßt sich küssen, küßt wieder und ist so glücklich, daß sie denkt, alles um sie müsse verfliegen.“

„Kleine, liebe Toni ... Hollerbek!“ lautet der Mann zärtlich. „Wie schön wird unser Leben jetzt werden!“

Die Tür öffnet sich. Der Kapitän fährt sie auseinander. Papa Hollerbek steht lächelnd im Türschwaben, hinter ihm der Kapitän.

„Wie soll das Schiff heißen? Seid ihr euch einig?“

„Ja!“ rufen sie einstimmig und sehen sich strahlend an. „Toni Hollerbek!“



Und dann umarmt ein Vater glücklich über die Maßen sein geliebte Kinder.

Das ist die Geschichte vom Zirkus Hollerbek!

Ende.

jetzt: 3 Trunk 10 y

